

Magazin für kommunale Bildungslandschaften 1 | 2016

bewegt

Schrumpfen

Wachsen

Integrieren

Bildung entwickelt Stadt.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

deutsche kinder-
und jugendstiftung



Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement

Agentur Großstädte

Englisch
Arabisch
Polnisch
Griechisch
Portugiesisch
Spanisch
Deutsch
Türkisch
Russisch

Lettisch
Serbisch
Edo
Fula
Igbo
Kurdisch
Kriol
Luxemburgisch
Ga
Luo
Romanes
Twi
Griechisch
Mazedonisch
Lingála
Thai
Rumänisch
Litauisch
Efik
Hessisch
Kurdisch
Esan
Lettisch
Yoruba
Zazaki
Rumänisch
Tamil
Niederländisch
Swahili
Vietnamesisch
Serbisch
Koreanisch
Urdu
Panjabi
Romanes
Ungarisch
Bulgarisch
Albanisch
Eson
Polnisch



Lange Zeit durfte ich nicht lernen

Mit 18 Jahren flüchteten meine Eltern mit mir und meinem Bruder nach Deutschland. Das war 2012. Mein Vater kam sofort in ein Krankenhaus – er litt unter den Folgen von Folter. Meine Mutter, mein Bruder und ich kamen in das ZAST, die zentrale Aufnahmeestelle in Bremen. Wir waren glücklich darüber, in Sicherheit zu sein und gleichzeitig war die Situation im ZAST fürchterlich. Es gab keine Rückzugsmöglichkeit für unsere Familie, Gemeinschaftsduschen, teilweise mussten Flüchtlinge auf dem Fußboden in Fluren schlafen.

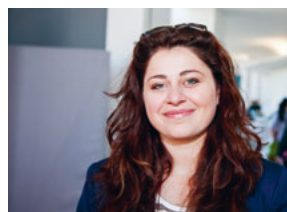
Viel schwieriger als diese improvisierten Umstände war aber die Orientierungslosigkeit: Niemand hatte Zeit für Erklärungen, niemand zeigte uns die Wege, niemand hatte einen Rat. Die Mitarbeiter in den Flüchtlingsunterkünften gaben uns einen Asylantrag – aber über ihre Zuständigkeiten hinaus kannten sie sich wenig aus und konnten unsere Fragen kaum beantworten: Wo kann ich Deutsch lernen? Gibt es eine Bibliothek in der Nachbarschaft? Wie finde ich Arbeit? In welche Schule kann ich gehen? Wie komme ich an offizielle Papiere? Wem kann ich meinen in Russland erworbenen Bachelorabschluss zeigen und was ist er überhaupt wert in Deutschland?

Es waren nicht die Behörden, die mir durch den Dschungel von Ämtern, Abkürzungen und Zuständigkeiten halfen. Es waren Flüchtlinge, die schon einige Monate länger in Deutschland lebten, die mir wertvolle Tipps gaben.

Ich besorgte mir Sprachkurse, mehr als ich eigentlich durfte. Denn ohne einen Aufenthaltstitel hatte ich nur Anrecht auf vier Stunden Deutsch pro Woche. Sollte ich die restlichen Tage sinnlos in der Unterkunft verbringen? Ich lernte schnell und hatte bald Sprachstufe A1 erreicht. Mein Bruder hatte Glück: Er war noch schulpflichtig und durfte eine Oberschule besuchen. Ich war volljährig und der Besuch einer Schule ein unerfüllbarer Traum. Lange Zeit durfte ich nicht lernen. Es war mein Glück, dass ein Schulleiter mich viel später in sein Berufliches Gymnasium aufnahm und ich jetzt das deutsche Abitur nachholen kann. Ich kenne viele Flüchtlinge, die auch nach vielen Jahren Aufenthalt in Deutschland kein Deutsch sprechen, isoliert sind. Warum ist das so?

Meine Erfahrung ist: Nicht nur unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen betreut werden, auch Kinder und Erwachsene, die als Familie hier ankommen, brauchen eine Ansprechperson. Wenn die Eltern keine Wege finden, sich weiterzubilden, sich zu qualifizieren – dann wirkt sich das auf die Kinder aus. Woher sollen sie den Ansporn nehmen? Dazu kommen viele negative Erfahrungen, abschätzende Blicke, abwertende Bemerkungen oder Mitleid statt Respekt.

Es gibt viele gut gemeinte Angebote in den Flüchtlingsunterkünften. Aber brauchen wir wirklich so etwas wie einen Fahrradreparaturkurs? Wir brauchen Beratung, wie wir uns weiterbilden können und qualifizierte Arbeit finden. Wir brauchen Möglichkeiten, außerhalb der Flüchtlingsheime zu lernen, uns in den Nachbarschaften im Quartier einzubringen. Wir brauchen kulturelle Angebote, ein öffentliches Klima, in dem wir nicht als Opfer, sondern als neue Bürger in der Stadt gesehen werden. Wir haben unsere Träume, Wünsche, Unzulänglichkeiten – aber auch Fähigkeiten, Wissen und Erfahrungen, die wir einbringen möchten. Doch wir brauchen Hilfe, um Türen zu öffnen.



Mariyam Beglaryan hat im Rahmen eines Think Big-Projektes der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung gemeinsam mit einem Mitarbeiter der Flüchtlingsunterkunft Quidde Straße Kadri Selman einen Wegweiser für Geflüchtete in Bremen erarbeitet. Fotos und Wegbeschreibungen entlang der Straßenbahnrouden bieten eine wichtige Orientierung für die ersten Monate.



www.jugendhilfeportal.de/material/wegweiser-fuer-asylbewerberinnen-und-asylbewerber-in-der-stadt

SCHRUMPFEN – WACHSEN – INTEGRIEREN: Bildung entwickelt Stadt.

Große Städte müssen oft in kürzester Zeit auf hochdynamische gesellschaftliche Prozesse reagieren. Aktuell stellt die hohe Anzahl von Geflüchteten die Anpassungsfähigkeit und Belastbarkeit von kommunaler Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft auf die Probe.

Eine Gesamtstrategie für Bildung und Kooperationen im Rahmen eines kommunalen Bildungsmanagements schafft nicht nur finanzielle, personelle und zeitliche Vorteile. Sie eröffnet auch den Raum, ungewohnte Lösungen zu erarbeiten und neue Partner einzubeziehen.

Wir möchten zeigen, wie eine kommunale Bildungslandschaft als Motor für die Entwicklung von Städten wirken kann – auch und vor allem dann, wenn die Anforderungen groß sind.

Mit der zweiten Ausgabe des Magazins „bewegt“ geben wir Einblicke in Arbeitsprozesse und Umsetzungsstrategien von Kommunen, die ihr Bildungsmanagement kontinuierlich weiterentwickeln.

*Ihre
Transferagenturen für Großstädte*

Das Großstadtnetzwerk der Transferagenturen der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung

Kommunen, die teilnehmen können:

- Großstädte, die am Programm „Lernen vor Ort“ teilgenommen haben
- Großstädte ab 250.000 Einwohnerinnen und Einwohner und Berliner Bezirke



Das Großstadtnetzwerk arbeitet in folgenden Fachgruppen zusammen: Bildungsmonitoring, kommunales und lokales Bildungsmanagement, Diversität und Bildung, Stadtentwicklung und Bildung sowie Kooperation zwischen Kommune und Stiftung.

Inhalt

bewegt 1/2016



08

6 FRAGEN AN: PROF. DR. KLAUS J. BADE

06 „Alles entscheidet sich in den Kommunen“

Der Migrationsforscher im Gespräch über Integration und wie sie gelingt

QUERGEDACHT

08 Auf vorhandene Strukturen bauen

Stadt, Land und Stiftung verantworten gemeinsam ein Projekt, um jungen Menschen das Ankommen zu erleichtern



10

WER VISIONEN HAT ... KANN EINE STADT VERÄNDERN

10 „Die Zukunft unserer Stadt geht täglich durch die Türen unserer Kitas und Schulen“

Interview mit Dr. Manfred Beck, Stadtdirektor Gelsenkirchen

SEITENBLICK

12 Die Archäologie der Bildung in Städten

Ein Blick in die Geschichte kommunaler Bildungslandschaften



14

STADTSPAZIERGANG

14 Bildungslandschaft Mannheim - Bildung entwickelt Stadt

Wie Mannheim seine Verwaltung neu organisierte und warum die Kinder und Jugendlichen davon profitieren

KONTROVERS

20 Weg mit den Fachressorts?

Diskussion zum Thema klassische Verwaltung oder Governance im Bildungsbereich

MEDIENTIPPS

22 Neue Migration und Bildungsmanagement

23 IMPRESSUM

„Kooperation Kommune und Zivilgesellschaft“
25.4.-26.4., Dortmund

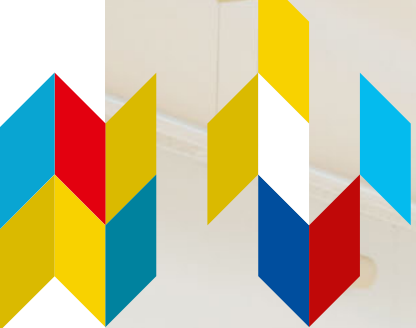
„Lokales Bildungsmanagement“
27.4.-28.4., Stuttgart

„Stadtentwicklung und Bildung“
9.5.-10.5., Köln

„Diversität und Bildung“
23.5.-24.5., Bonn

„Kommunales Bildungsmanagement & Kommunales Bildungsmonitoring“
30.5.-31.5., Mannheim

Alle Veranstaltungen und Dokumentationen finden Sie unter www.transferagenturen-grossstaedte.de/veranstaltungen



Prof. Dr. Klaus J. Bade beim Video-Interview während des Kommunalsalons der Transferagenturen für Großstädte in Gelsenkirchen.

6 FRAGEN AN: PROF. DR. KLAUS J. BADE

„Alles entscheidet sich in den Kommunen“

Integration vollzieht sich immer vor Ort. „Ja, wo denn sonst?“, fragt sich Migrationsforscher Prof. Dr. Bade. Im Interview erklärt er, warum man Kommunen ernst nehmen und fördern sollte, damit die Integration von Geflüchteten nicht scheitert.

Momentan ist die Lage überall sehr angespannt, die Kommunen sind im Krisenmodus. Was braucht es, um die Situation zu meistern?

Dies ist eine ungewöhnliche Situation, aber so ungewöhnlich auch nicht. Vor einem Jahrhundert hatten wir die Massenzuwanderung aus dem preußischen Osten, z.B. die Ruhrpolen. Gelsenkirchen nannte man damals das „New York der Ostpreußen“. Wir hatten in Deutschland nach 1945 die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen, dann die Aussiedler, schließlich die Umsiedler aus den neuen Bundesländern. 1992/93 hatten wir über eine Million Zuwanderer, darunter allein 250.000 Roma. Es hat jeweils viele Probleme gegeben und häufig hat man gesagt: „Das wird nie klappen.“ Hinterher funktionierte es dann doch. Aber es gibt keine Zauberformel für die kommunale Integration bei Massenzuwanderung.

Ich gehe davon aus, dass wir das durchaus schaffen können – aber nur unter zwei Bedingungen: Erstens müssen die am meisten betroffenen Städte und Bundesländer entlastet werden. Und zweitens, wenn Deutschland selbst einen Teil seiner Flüchtlinge an andere Länder in Europa abgeben kann.

Mit Blick auf die Geschichte: Aus welchen Fehlern können wir lernen?

Erstens sollten zureichende Investitionen in die Integrationsförderung fließen. Denn je weniger man investiert, desto teurer kann das Ganze werden – von den sozialen Kosten gescheiterter Integration mal ganz abgesehen. Es ist geradezu albern, dass ein Land, das innerhalb von wenigen Wochen einen dreistelligen Milliardenbetrag zur Sicherung schrägliegender Banken aufwenden konnte, mit einigen Milliarden daherkommt, um Kommunen zu fördern. Das muss ein zweistelliger Betrag werden, und zwar jährlich.

Zweitens: Man sollte frühzeitig investieren. Denn nachholende Integrationsförderung ist immer viel teurer und ineffektiver.

Drittens: Man sollte einen klaren Blick für die gesellschaftlichen Realitäten haben und nicht das betreiben, was ich früher „defensive Erkenntnisverweigerung“ nannte – nach dem Motto „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“.

Viertens: Man sollte das alles tun, um den Einwanderern, Zuwanderern oder Zeitwanderern die Integration zu erleichtern und nicht unnötig zu erschweren.

Fünftens: Man sollte sich immer bemühen, die Mehrheitsbevölkerung mitzunehmen – denn die muss sich ja auch in diese hochkomplexe Einwanderungsgesellschaft integrieren. Ich habe deshalb in den 80er Jahren mal gesagt: „Integration ist keine Einbahnstraße!“

Kennen Sie Beispiele, wo Integration richtig gut gelaufen ist?

Die Annahme, dort, wo es keine Arbeit gibt, gelänge die Integration schlechter oder gar nicht, ist zu einfach. Denn Integration ereignet sich nicht nur, sie ist immer auch eine kommunale Gestaltungsaufgabe.

Das heißt, Integration gelingt in der Bundesrepublik zwar am besten, wo die Kommunen wohlhabend sind, wo die Sozialtats stimmen und wo Arbeitskräfte fehlen. Denn Arbeit ist neben Sprache die wichtigste Schiene der Integration. Integration gelingt jedoch oft am schlechtesten dort, wo man am wenigsten Erfahrung damit hat, nämlich dort, wo es wenige Zuwanderer gibt. Diese Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer ist ein ganz altes Problem.

Dies ist eine ungewöhnliche Situation, aber so ungewöhnlich auch nicht.

Prof. Dr. Klaus J. Bade



Integration muss man von „unten“ – von der kommunalen Ebene aus – denken. Dort gibt es Erfahrungen und Ideen genug.

Prof. Dr. Klaus J. Bade



Dort, wo viele Zuwanderer leben, hat man gelernt, damit umzugehen.

Wir haben aber quer durchs Land eine Art kulturelles Paradox: Auf der einen Seite gibt es eine wachsende Zahl von Menschen, für die kulturelle Vielfalt eine normale Alltagserfahrung ist. Auf der anderen Seite gibt es eine schrumpfende, aber umso lauter protestierende Zahl von Menschen, die dies für den kulturellen Untergang Europas halten. Also: Kulturpragmatiker einerseits, Kulturhysteriker andererseits. Dazwischen läuft der Kampf um die Mitte.

Wichtig ist es, darüber nachzudenken, wie man Integration fördern kann – auch wenn man als Kommune nicht besonders reich ist, auch wenn man keine stabilen Strukturen hat, auch wenn man keinen Mangel an Arbeitskräften hat.

Sie kritisieren gern das Wort „Willkommenskultur“. Warum?

Eine Willkommenskultur wäre schön. Aber so weit sind wir eben noch nicht, von Ausnahmen abgesehen. Denn das bedeutet mehr als das freundliche Begrüßen von immer neuen Zuwanderern an der Haustür. Wenn man eine Willkommenskultur haben will, muss man sich in gleicher Weise um die Menschen kümmern, die schon seit Generationen im Haus wohnen. Und da gibt es sehr unterschiedliche Behandlungsweisen.

Ich denke: Wir sind unter dem Stichwort „Willkommenskultur“ in der breiten Öffentlichkeit sehr viel weiter als in der Politik. Denn gäbe es das gewaltige ehrenamtliche Engagement bei diesem Massenandrang von Flüchtlingen nicht, dann hätten wir auch den Weg, den wir bislang gemeinsam zurückgelegt haben, nicht geschafft.

Das heißt: Die engagierte Öffentlichkeit, die Bürgergesellschaft, war hier der Politik voraus und wollte dreierlei. Erstens: Ein Zeichen setzen gegenüber geistigen Brandstiftern, praktischen Mordbrennern und allgemein gegenüber Asylkritikern – die dann Verfassungsfeinde sind, wenn sie das Asylrecht grundsätzlich in Frage stellen. Denn das Asylrecht ist als Grundrecht ein zentrales Element unserer Verfassung.

Zweitens wollten sie den Flüchtlingen helfen. Und drittens wollten sie die anfangs konzeptlos streitende Politik auf der Bundesebene

mobilisieren, damit sie sich in Bewegung setzt. Das ist sehr erfolgreich gewesen und hat von unten nach oben – also von den Kommunen aus – gewirkt.

Insgesamt gilt: Wir müssen teilen lernen. Spenden heißt noch nicht teilen und Willkommensgrüße sind noch keine Willkommenskultur.

Glauben Sie, dass die Transferinitiative des Bundes für die Kommunen eine Hilfe sein kann, um diese Herausforderung zu bewältigen?

Ich halte die Transferinitiative für ein ausgesprochen glückliches, wichtiges und notwendiges Element im Integrationszusammenhang. Weil sie Mittel verfügbar macht, die unabhängig sind, weil sie neue Ideen transportiert, weil sie die Kommunikation zwischen den Kommunen fördert, und weil sie die Kommunikation zwischen Kommunen, Bund und Ländern intensiviert.

Unser Eindruck ist, dass viele Kommunen trotz hoher Anforderungen den Krisenmodus verlassen wollen, um zu einer systematischeren und strukturierteren Eingliederung der Flüchtlinge in die kommunalen Bildungssysteme zu kommen. Welche Chancen sehen Sie darin für die Kommunen?

Integration muss man von „unten“ – von der kommunalen Ebene aus – denken. Dort gibt es Erfahrungen und Ideen genug. Die Kommunen brauchen mehr Entfaltungsspielräume, weniger Bevormundung, mehr Anerkennung und mehr Geld. Dann finden sie selbst aus dem Krisenmodus heraus. Hilfreich dazu sind die Bündelung der Kompetenzen in den Kommunen und ein koordinierter und institutionalisierter Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen.



LINKS

Dokumentation des Kommunalsalons „Neue Migration“ in Gelsenkirchen:

www.transferagenturen-grossstaedte.de/veranstaltungen/neue-migration

Fachgruppe „Diversität und Bildung“:

www.transferagenturen-grossstaedte.de/unsere-angebote/grossstadtnetzwerk/fachgruppe-diversitaet-und-bildung

